

Am 19. Dezember fanden in Belarus Präsidentschaftswahlen statt. Unmittelbar nach Veröffentlichung der offiziellen Wahlergebnisse ließ der belarussische Präsident Lukaschenka jegliche Proteste gegen etwaige Wahlfälschungen unterdrücken. Mehr als 600 Menschen wurden festgenommen, darunter fast alle oppositionellen Präsidentschaftskandidaten. Nach dem scheinbaren „Tauwetter“ während des Wahlkampfes scheint in Belarus nun eine erneute politische Eiszeit anzubrechen.

Die unerwartet drastischen Maßnahmen werfen eine Reihe von Fragen auf: Handelte es sich bei dieser Reaktion um ein rationales politisches Kalkül oder um die Kurzschlussreaktion eines verunsicherten Präsidenten? Agierte der Präsident im Konsens mit seiner Regierung oder verbirgt sich hinter der zur Schau gestellten politischen Macht ein innenpolitischer Machtkampf? Führt dieser Rückschlag zu einer stärkeren Einigung der Opposition oder droht dieser nun, entkräftet und entzweit, der politische Untergang? Ebenso dringlich sind die Fragen nach einer angemessenen Reaktion der europäischen Staaten auf diesen Akt der Gewalt. Was folgt aus der Schließung des OSZE-Büros in Minsk? Ist die Politik der „Östlichen Partnerschaft“ in dieser Situation ein geeignetes Instrument für die EU, um Einfluss auf die belarussische Regierung zu nehmen? In welcher Weise können die europäischen Staaten die politische Gewalt sanktionieren, ohne die belarussische Zivilgesellschaft zu isolieren?

Die **Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit** und die **Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.** laden mit freundlicher Unterstützung des **Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft** und der **Deutsch-Belarussischen Gesellschaft** dazu ein, diese Fragen mit Vertretern aus Belarus und Deutschland zu diskutieren:

Das Ende des „Tauwetters“ – Belarus nach den Präsidentschaftswahlen

27. Januar 2011, 20.00 Uhr

Landesvertretung Sachsen-Anhalt, Luisenstraße 18, 10117 Berlin

Begrüßung

Dr. Heike Dörrenbächer, Leiterin des Projekts Ukraine und Belarus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Kiew

Prof. Dr. Rainer Lindner, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und Vorsitzender der Deutsch-Belarussischen Gesellschaft, Berlin

Diskussion

Dr. Jaraslau Ramantschuk, ehemaliger Präsidentschaftskandidat der Vereinigten Bürgerpartei, Minsk

Dr. Sjarhej Tschalyj, Politikwissenschaftler, Minsk

Andrei Giro, Botschafter der Republik Belarus in Berlin (angefragt)

Markus Löning, Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Berlin

Moderation: **Dr. Gabriele Freitag**, Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin

Wir laden Sie ein, die Gespräche anschließend bei einem Glas Wein fortzusetzen.

Ihre **Anmeldungen** erbitten wir **bis zum 25. Januar** an konstanze.hausstaetter@freiheit.org.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.